

Die Invalidenversicherung.

Die Träger der Invalidenversicherung sind durch Gesetz ermächtigt, für gemeinnützige Aufgaben aus ihrem Vermögen Mittel herzugeben. Sie hatten hierfür Ende 1909 rund 773 Mill. Mark oder etwa die Hälfte ihres gesamten Vermögens verwendet. Dies geschah nach der „B. G. Ztg.“ auf folgende Weise: Für den Bau von Arbeiterwohnungen waren nicht weniger als 280,5 Mill. Mark hergegeben, davon rund 55 Millionen als Darlehen an Versicherte selbst. Nur fünf Versicherungsanstalten haben bisher davon abgesehen, an Versicherte unmittelbar Darlehen für den Wohnungsbau herzugeben. Aber auch Nichtversicherte und Vereinigungen von solchen, namentlich Beamtenvereine, hatten sich der Unterstützung der Versicherungsträger bei Herstellung billiger und gesunder Wohnungen zu erweisen. Zum

Wohnungsbaufür Nichtversicherte

sind etwa 17,5 Mill. Mark verwendet. Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedarfes sind von sämtlichen Versicherungsträgern bis Ende 1909 etwa 103 Mill. Mark ausgegeben worden. Dieser Betrag stellt bei weitem nicht die ganze Summe dar, die zugunsten der Landwirtschaft aus Mitteln der Versicherungsträger geflossen ist. Denn die für den Arbeiterwohnungsbaufür ausgegebenen Beträge umfassen auch die Darlehen zur Verbesserung des Wohnungsbedarfes ländlicher Arbeiter. Ferner entfiel von den Darlehen für

Allgemeine Wohlfahrtsanstalten

ein Betrag von 184,7 Mill. Mark auf ländliche Gemeinden und Landstädte bis zu 5000 Einwohnern. Endlich ergibt sich, daß eine größere Anzahl von Versicherungsträgern, und zwar Westpreußen, Pommern, Schlesien, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz und Regensburg, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben und Neuburg, Königreich Sachsen, Württemberg, die Norddeutsche Knappschafts- und Bauernkasse und die Arbeiter-Versicherungskasse der Königlich-sächsischen Staatseisenbahnen, Schuldverschreibungen im Nennwert von nahezu 128,5 Mill. Mark besitzen, namentlich landwirtschaftliche Pfandbriefe, Rentenbriefe, Provinzialanleihebescheine, Pfandbriefe von Landwirtschaftsbanken usw. Diese Beträge sowie die im Besitze der Versicherungsanstalten Brandenburg, Pommern und Schlesien befindlichen Schuldverschreibungen im Nennwert von etwa 2,3 Millionen Mark zur

Förderung des Baues von Kleinbahnen

kommen gleichfalls der Landwirtschaft ausschließend oder überwiegend zugute. Was die Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege betrifft, so waren bis Ende 1909 ausgegeben: für den Bau von Krankenhäusern usw. etwa 85,6 Mill. Mark, zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege über 143,5 Mill. Mark, für Erziehung und Unterricht usw. 71,7 Mill. Mark, und für sonstige Wohlfahrtszwecke 58,7 Mill. Mark. In dieser letzteren Gruppe befinden sich namentlich Darlehen für den Bau von städtischen Gas- und Elektrizitätswerken, Latol- und Straßenbahnen, für Wege, Brücken, Kanäle, Dämme, Dämme und Uferschutzbauten sowie zur Förderung des Gewerbes; ferner Darlehen zum Bau von Schulen für Lehrerinnen, Diakonissen, Dienstmädchen, Fabrikarbeiterinnen, Taubstumme, Blinde, für Lehrstühle usw. Weiter sind hierzu zu rechnen Darlehen zur Errichtung von Kleinkinderbewahranstalten, Armenhäusern, Arbeiterkolonien, Kreislernanstalten, Rettungsschwimmern für gefasene Mädchen und verwahrloste Kinder, für Spar- und Konsumvereine, Volkstheater, und für Einrichtungen zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs; endlich für den Bau von Kirchen, kirchlichen Gemeindefaßern, christlichen Vereinen und Versammlungshäusern. Für eigene Wohlfahrtsanstalten der Versicherungsträger schließlich betrug der Gesamtaufwand bis Ende 1909 rund 55,5 Mill. Mark.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wird am 22. Mai zum Jagdaufenthalt beim Fürsten Dohna-Schlobitten einreisen. Vorher beabsichtigt der Monarch, der Jahreshunderfeier der Stadt Stolp beizuwohnen und nach dem Besuche in Schlobitten die Leib-Gularen-Brigade in Danzig-Langfuhr zu besichtigen.

* Wie verlautet, soll der Führer der Bürgermeisterei Kreplin (Südwest-Afrika) tatsächlich die Beleidigungsklage gegen den Staatssekretär Dernburg angestrengt haben, weil dieser seinen Namen mit dem bekannten Diamantenschwäbel in Verbindung gebracht habe. Eine Feststimmung der Meldung bleibt aber doch wohl noch abzuwarten.

* Zwischen den Parteien, die gemeinsam die preussische Wahlrechtsvorlage umgestaltet haben, indem sie die (von der Regierung verwarfene) indirekte Wahl und die geheime Wahl in die Vorlage brachten, schweben zurzeit Verhandlungen, um die Grundlagen für die zweite Lesung zu gewinnen. Das Gerücht, man habe sich bereits darauf geeinigt, die direkte und geheime Wahl einzuführen, entspricht nicht den Tatsachen.

* Die sachsenburgische Regierung hat sich gezwungen gesehen, ihre Gehaltsvorlage für Beamte und Lehrer zurückzuziehen. Der Landtag machte eine gründliche Prüfung auf Vereinfachung der Staatsverwaltung für die Vorlage zur Bedingung. Das dazu nötige Material, das die Ausschüsse verlangen, nimmt soviel Zeit in Anspruch, daß die Vorlage einmündigen zurückgezogen werden mußte. Die Betroffenen sind einmündigen noch durch einen bis Ende 1910 laufenden Gehaltszuschlag gedeckt.

* Am 27. v. waren 26 Jahre verfloßen, seitdem durch die Entschlebung Kaiser Wilhelms I. die der Insel Zanzibar gegenüber auf dem Festlande von Ostafrika gelegenen Landschaften Kilima, Nguru, Uveitza, Umani, soweit sie auf dem Wege vertragsmäßiger Abmachungen von der Gesellschaft für deutsche Kolonisation im November und Dezember 1884 erworben waren, unter die Oberhoheit des Deutschen Reiches gestellt wurden. Ihren Ausdruck fand diese faktische Entschlebung in dem am 27. Februar 1885 erlassenen Schutzbriefe, der unter Vorbehalt der etwa noch fernerhin infolge weiterer Gebietserwerbungen der Gesellschaft oder ihrer Rechtsnachfolger notwendig werdenden Ergänzungen und Anordnungen dieser die Verfügung verleiht, alle aus den abgelaufenen Verträgen fließenden Rechte, einschließlich der Gerichtsbarkeit, gegenüber den Eingeborenen und den in den fraglichen Gebieten sich niederlassenden oder zu Handel und andern Zwecken sich aufhaltenden Angehörigen des Reiches und anderer Nationen unter der Aufsicht der deutschen Regierung auszuüben. Als Bedingung war hierfür hervorgehoben, daß die besagte Gesellschaft eine deutsche Gesellschaft bleibe, und daß die Mitglieder des Direktoriums oder die sonst mit der Leitung betrauten Personen Angehörige des Deutschen Reiches sind. Hiermit war der entscheidende Schritt zur Begründung unserer jetzigen ostafrikanischen Kolonie geschehen, die mit ihren 995 000 Quadratkilometern fast noch einmal so groß ist wie das Mutterland.

Schweiz.

* Die Bevölkerung des Kantons Gené hat mit 2470 „Ja“ gegen 1780 „Nein“ ein Gesetz angenommen, wonach fortan die Frauen in das Gewerbegebiet wählbar sind. Von 27 936 Stimmberechtigten nahmen nur 4900 Bürger an der Abstimmung teil.

Balkanstaaten.

* Wegen Lösung eines türkischen Polizisten war der deutsche Reichsangehörige Koberer von dem Gericht zu Serres zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden, ohne daß vorher der österreichische Konsul als Vertreter der deutschen Interessen in Serres von dem Verhandlungstermin benachrichtigt wurde. Der deutsche Botschafter hatte darauf mittels Note

gegen das Verfahren protestiert und die Freisetzung des Urteils verlangt, da es nach den zu Recht bestehenden Verträgen ungültig sei. Nachdem der Oberkonsul in Saloniki selbst die Aufhebung des Urteils beantragt hatte, ist jetzt entsprechend der Note des deutschen Botschafters die Aufhebung erfolgt unter Anerkennung des von dem Gericht in Serres begangenen Irrtums. — Die Spannung zwischen der Türkei und Deutschland ist also gehoben.

* Trotz aller Beschwichtigungsversuche dauern die Zwischenfälle an der türkisch-bulgarischen Grenze fort. Während eine gemischte militärische Kommission an der Grenze tätig ist, kommen täglich Nachrichten von Gefechten, deren Opfer zum Teil sehr große sind. Trotz allem leugnet man in Konstantinopel und Sofia die Möglichkeit eines Krieges immer noch.

Afrika.

* Nach übereinstimmenden Mitteilungen französischer und englischer Mäler herrscht in Abessinien vollständige Ruhe. Auch für den Fall des Ablebens des Negus Menelik sind Ausschreitungen gegen die Europäer nicht zu befürchten, da die Regierung, die nicht mehr unter dem Einfluß der fremdenfeindlichen Kaiserin steht, strenge Maßregeln ergriffen hat.

* Nach amtlichen Nachrichten sind die Meldungen über Unruhen in Liberia übertrieben. Es handelt sich um eine ausländische Bewegung, durch die die Weißen nicht gefährdet sind.

Asien.

* Die chinesische Regierung gibt in einem Erlass an die Gouverneure bekannt, daß die Expedition nach Tibet von Erfolg begleitet gewesen sei. Der ausführende Dalai Lama sei entthront und das Land werde in kurzer Zeit wieder beruhigt sein. England und Rußland, die sich völlig neutral gehalten haben, hätten damit Chinas Recht auf Tibet vorbehaltlos anerkannt.

* Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, sieht man in dortigen Berichten auf Grund von Nachrichten aus Teheran und andern wichtigen Orten Persiens bezüglich der Verhältnisse im Reiche des Schahs wieder äußerst schwarz. Das Finanzelend sei unbefriedigt. Vores Geld fehle in den Staatskassen vollständig, Abgaben und Steuern fließen kaum ein. Infolge der Unsicherheit und Unbeständigkeit der konstitutionellen Regierung sahnten die Anhänger der alten Regierung wieder Mut und hofften, daß ihre Zeit doch noch und bald kommen werde. Namentlich unter der Geistlichkeit agitieren man, begünstigt durch die Verhältnisse, von neuem mehr oder minder eifrig für die Rückkehr zur alten Regierungsweise.

Deutscher Reichstag.

Am 1. d. steht auf der Tagesordnung die Wahl des Präsidenten.

Auf Vorschlag des Abg. Frhr. v. Hertling (Zentr.) wird der Abg. Graf v. Schwerin-Öditz (Kons.) durch Akklamation gewählt.

Graf v. Schwerin-Öditz: Ich bin Ihnen für das mir geschenkte Vertrauen dankbar. Ich weiß die hohe Ehre zu würdigen, die Sie mir erwiesen haben und ich bin mir der damit verbundenen Aufgaben und Pflichten bewußt. Ich verspreche auch, gegenüber den Mitgliedern aller Parteien strengste Unparteilichkeit zu wahren. Ich bitte aber auch Sie alle ohne Ausnahme, mich in der Erfüllung meiner Aufgaben zu unterstützen. Wie haben alle ein Interesse daran, daß unsere Geschäfte würdig geführt und durch das Ansehen des Reichstages gewahrt wird. Indem ich die Wahl annehme, spreche ich dem Herrn Reichspräsidenten Spahn im Namen des Hauses den wärmsten Dank aus.

Die Weiterberatung des Staats für das Reichsamt des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Böhmke (b. l. Fr.) erklärt, der Bauernbund wird unerschrocken an seinem Programm der Schutzpolitik festhalten und zwar an dem Postulat von 1902. Deutschland wird seinen Bedarf an Fleisch und Getreide in absehbarer Zeit decken können. Nebenher geht auf die realistischen Äußerungen des Abg. Hahn ein und sucht diese zu widerlegen. Eingehend äußert er sich über die Erbfallsteuer, die er für im Interesse der Bauern und des Mittelstandes liegend hält.

Abg. Fuhrmann (nat.-lib.) wendet sich ebenfalls gegen den Abg. Hahn und den Bund der

Landwirte. Parteifreunde des Abg. Hahn haben seinem für die gewerblichen Handelsverträge gestimmt. Wir haben bei der Reichsanstalt die Hand geboten, den Bund mit den Konventionen zu erhalten. Wir sind ohne Schuld an der jetzigen unheilvollen Entwicklung. Aber wir werden den Kampf aufnehmen. Nur unsern besonnenen Auftreten 1902 haben wir den jetzigen Zolltarif zu verdanken. Und wir werden auch später wieder ein warmes Herz für die Landwirtschaft haben.

Abg. Horn-Sachsen (Soz.) tritt für Einschränkung der Arbeitszeit in der Glasindustrie ein.

Abg. Heim (Zentr.): Ich könnte eigentlich bei der Attade des Abg. Fuhrmann auf Dr. Hahn die Freude des Dritten haben, eine gewisse Schadenfreude. Aber diese Attade hat doch einen etwas hässlichen Beigeschmack. Der Bund der Landwirte muß doch für die Nationalliberalen eine große Gefahr sein, sonst würde Herr Fuhrmann wohl nicht den Bund so heftig angreifen. Da kommt nun noch der Bauernbund. Woher kommt sein Geld? Das ist die Hauptfrage. Bezieht er das Geld vom Hausbund? Darin würde ich eine Korruption sehen, denn der Hausbund hat ganz andere Zwecke als der Bauernbund. Woher also das Geld? Darüber hat Herr Böhmke vorhin nichts gesagt, obwohl das doch die Hauptfrage ist. Der fränkische Bauernbund, an den Sie mich erinnern und der ja erst vor dem Triumphwagen des deutschen Bauernbundes gebaut werden soll, ist freilich überaus beliebt worden. Auch hat er gar nicht so viel Mitglieder, wie ihm nachgelobt werden.

Abg. Hahn (Kons.): Herr Abg. Fuhrmann hat drei Tage Zeit gehabt, um eine Rede gegen mich zu vorbereiten. (Vizepräsident Hohenlohe bittet, einen solchen Anbruch zu unterlassen.) Ich habe den Ausdruck auch überhört gedruckt, denn die Rede des Abg. Fuhrmann kann ich nicht ernst nehmen. Man sollte doch nicht private Äußerungen und Angelegenheiten hier im Hause erörtern, so wie es Herr Fuhrmann getan hat. Ich stelle fest, daß in der dem Bund der Landwirte naheliegender Presse in der vornehmlichen Weise gegen politische Gegner polemisiert wird. Redner geht auf frühere politische Parteikämpfe ein. Schon damals waren verschiedene Richtungen im National-Liberalismus vorhanden. Ich habe niemals gesagt, daß diese Partei vernichtet werden muß. Sonst hätte ich sie doch nicht unterstützt. Im Bund der Landwirte haben wir versucht, die bismarckische Wirtschaftspolitik wiederherzustellen. Führende Männer der Nationalliberalen haben ihren Stellen im Bund eingenommen. Durch die Einkommensteuer wäre der ganze Bund getroffen worden. Der gesunde Sinn des Bauernbundes hat diese Gefahr erkannt und sich dagegen gewehrt. Unsere Landwirtschaft hängt von jedem neuen Handelsvertrag, denn diese Verträge werden nur auf ihre Kosten gemacht. Die Behauptung, ich habe den Fürsten Bälou gefürzt, steht auf der gleichen Höhe wie die übrigen Behauptungen des Abg. Fuhrmann. Fürst Bälou führte durch seine eigene Politik oder durch die Schuld seiner liberalen Freunde. Ich habe im Gegenteil dem Fürsten Bälou zugeredet, nicht mit dem Zentrum in dauernder Feindschaft zu leben. In den Sitzmahlen treten wir unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie ein. In der Hauptwahl werden wir aber nur verlässliche Landwirtschaftsfreunde wählen. Auf die persönlichen Angelegenheiten, die Abg. Fuhrmann vorbringt, werde ich nicht eingehen. Abg. Fuhrmann verlegt nicht: Wer schlaucht hat Unrecht.

Abg. Göttern (Frz. Agg.) berichtet seine frühere Polemik gegen Prof. Sandmann-Halle und sucht gegenüber dem Abg. Böhmke seine Ausführungen über die Leistungsfähigkeit der baltischen und englischen Landwirtschaft auszuwickeln. Abg. Hahn überreicht, daß an der Vertagung des politischen Hauptes sein Teil der Presse soviel Schuld hat wie die Presse des Bundes der Landwirte. Dem Zentrum rate ich, nicht unbedingt auf einen Freinbündnis zu treten. Hahn schließt sich, Hahn vertritt sich. Bismarck kommt die Zeit da Fürst Bälou selber die eigentlichen Rangverhältnisse. Abg. Hahn kommt aus den Behauptungen vor dem Zentrum gar nicht heraus. Er lerne mehr Selbstbehalt.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (nat.-lib.) fragt an, wie es mit dem Generalseinspektions-Ausschüssen stehe.

Staatssekretär Delbrück erwidert, daß die Regierung an die Regelung der Frage gehen werde, sobald sie sich über die zu fordernde Ausbildung im klaren ist.

Abg. Dettlo (nat.-lib.) wünscht eine Veränderung der Generalseinspektions für die Landwirtschaft.

Staatssekretär Delbrück erklärt, daß die Erwägungen hierüber noch schweben.

Abg. v. Strunbeck (Frz.) bittet um Vereinfachung des Hausbundes.

Staatssekretär Delbrück berichtet zu tun, was möglich ist.

Nach einer Bemerkung des Abg. Kautskii (Soz.) schließt die Debatte ab.

Das Verbot des Fernschreibens wird hemmelt.

Eine titellose Geschichte.

101 Von Eugen Osborne.

(Fortsetzung.)

„Bist du von einem Dämon besessen?“ fragte der Blonde, indem die beiden Herren einer der tiefen freimaurerischen Aufzügen.

„Ich bitte dich, höre mich nur einen Augenblick an.“ und es entspann sich eine lebhaft, von Seiten des Bräutlins mit vielen Seiten begleitete Unterredung, die aber mit so leiser Stimme geführt wurde, daß kein Dritter ein Wort davon hören konnte.

Der Rest des Konzerts interessierte uns nicht. Genug — es ging zur allgemeinen Zufriedenheit voran. Nachher wurde ein kleiner Ball improvisiert, auf dem Fräulein von Kriegsheim Reisegefährte mit so viel Entschiedenheit als deren Gourmander auftrat, als es der Anstand nur erlaubte. Er tanzte einfach nur mit ihr, und eine Französin mit Adelheid. Die übrige Zeit hielt er sich stets irgendwo in ihrer Nähe auf und ließ sie nicht aus den Augen. Sein blonder Freund hielt sich etwas mehr zurück, doch mußte ihm wohl daran liegen, Adelheids eigene Ansichten kennen zu lernen, denn er versuchte es, sie in eine Unterhaltung zu verwickeln, so oft er sich Bahn durch die Trabanten der vielbewunderten jungen Frau wechen konnte.

Der Abend endete mit allseitiger guter Laune. Den folgenden Tag machten der Baron von Sunghow und Herr Sonnenfeld bei Frau von Sundlingen Bist.

8. Graf von Griesheim-Battenberg, Ex-Kammerherr Sr. Majestät, hatte unterdessen B. auf einige Zeit verlassen und war nach Gmü abgereist. Nach kurzem Aufenthalt dorthin wollte er noch die Mäler inspizieren; seine eigenen und die seiner Mädel. (Wie Jungen wollten behaupten, daß er diese beiden Begriffe auf eine merkwürdige Weise verwechselte.) Die ganze Expedition mußte wohl zwei bis drei Wochen dauern, und eben auf diesen Umstand hatte die Nichterwartung seinen Plan gebaut, und hatte darin die Gelegenheit zur Ausführung ihres unverantwortlichen Streichs gefunden. Von dreizehntägigen Juni war der Dänel abgereist, den vierundzwanzigsten verließ die Nichter sein Haus, um eine ganz andre Richtung einzuschlagen. Von dem Tage ihrer Verlobung an waren die Meinungen zwischen Fräulein von Kriegsheim und ihrem Verlobten ziemlich häufig vorgekommen; es gedährte nur ein ganz klein wenig guter, oder vielmehr böser Wille von Seiten des jungen Mädchens dazu, um bei ihrem letzten Zusammensein die „Meinungsverschiedenheit“ in einen ganz gehörigen Zustand versetzen zu lassen.

Als also der junge Mann den folgenden Tag vor dem Hause seiner Braut erschien, um der Gebieterin seines Herzens die pflichtschuldige Antwort zu machen, war er wenig erstaunt über die Botschaft, die ihm das Kammermädchen mit sehr ehrsüchtiger Miene eingebracht hatte:

Das gnädige Fräulein hätte sich in dem verordneten Hause sehr gelangweilt, und demzufolge

eine Spazierfahrt und einige Besuche unternommen, von denen es vor spät abends schwerlich zurückkehren dürfte.

Der Bräutigam entfernte sich, ohne weitere Fragen zu stellen, und auch ohne sich viele Sorgen zu machen. Er war so ziemlich davon überzeugt, daß seine Braut von allen Schönheiten der Welt die allererwünschteste und sapriadöseste sei; er hielt also die Abwesenheit, die er erfahren, für eine Nachwirkung der gestrigen kleinen Szene, und nahm sich dieselbe nicht besonders zu Herzen.

Den folgenden Tag bedauerte das gnädige Fräulein, niemand empfangen zu können, weil eine heftige Migräne es ihm zeit wehlete. Die Migräne war hartnäckig und wollte auch den dritten Tag nicht weichen.

Herr von Stein fand, daß der Spoh etwas zu weit getrieben würde, und blieb mehrere Tage ganz aus. Als er sich wieder einstellte, vernahm er, daß Fräulein von Kriegsheim nicht zu Hause sei; das unvermeidliche Kammermädchen erschien und meldete ihm mit einer Miene reißender Ergebenheit, das Fräulein hätte die Einladung einer Freundin angenommen, einige Wochen auf dem Lande in der Umgebung von B. zu verbringen; es würde wohl schwerlich früher zurückkehren, als der Herr Graf von seiner Reise. Die Jüngfer nannte aus Geringem Wohl den Namen eines Gutes und einer Familie, aber Herr von Stein hörte kaum darauf. Er war entrückt. Erstens glaubte er gar nicht an die Abwesenheit seiner Braut; zweitens kam es nicht darauf an, ob dieselbe wahr oder fingiert war, sein Stolz und seine

Liebe waren in beiden Fällen empfindlich beleidigt. Er war viel zu sehr Gentleman, um seinen Gefühlen in Gegenwart der Dienstmädchen irgend welchen Ausdruck zu verleihen, aber er emterate sich mit dem festen Vorsatz, seinen Schritt mehr zu tun, um sich seiner Braut zu nähern, sondern zu warten bis zur Rückkehr des Vormunds, dann wollte er sehen, ob mit diesem gemeinschaftlich sich etwas zur Föhnung der Widerpenigen tun lasse.

So vergingen einige Wochen; der Tag der Rückkehr des Grafen konnte nicht mehr fern sein. Herr von Stein hatte die Zwischenzeit in unbehaglicher Stimmung zugebracht. Seine beliebte Eigenliebe sagte ihm, daß er eine Braut eigentlich aufgeben müsse, die ihn auf so rätselhafte Weise behandelte. Darin hatte er recht, denn wenn auch kein großes Genie, so war er doch ein durch und durch rechtlicher Mann und verdiente durchaus keine Geringschätzung; aber eine wirkliche Zuneigung zog ihn immer wieder hin zu dem schönen Mädchen. Zwei- oder dreimal hoite er sich, seinem Gutschaft zum Trost, dem Hause genähert, das seiner Meinung nach Fräulein von Kriegsheim noch immer bewohnte, aber die Erinnerung an das insolente Kammermädchen hatte ihn jedesmal zur schleunigen Umkehr gedrückt. So harrete er in halb ärgerlicher, halb schmerzlicher Spannung der Entwidlung, die seinenfalls lange mehr ausbleiben konnte.

Eines Morgens fand er eben im Begriff, sein Frühstück einzunehmen, als ihm ein Brief überreicht wurde.

Helene schrieb: